

Rede von **Volker Lösch**, Regisseur, auf der 350. Montagsdemo am 12.12.2016

Liebe Montagsdemonstrantinnen, liebe Montagsdemonstranten,

350 Mal demonstrieren: Das sind zusammen mit den Großdemos mehr als 1000 Reden, die hier seit sieben Jahren gehalten wurden. Und alles, was hier an jedem dieser 350 Montage kritisiert und vorausgesehen wurde, ist auch so eingetreten. Und deshalb wird auch die vielleicht am häufigsten geäußerte Voraussage Wirklichkeit werden, denn wir kommen unserem Ziel immer näher: Stuttgart21 wird scheitern, es wird so krachend scheitern, dass nichts außer ein paar grotesker Anekdoten davon übrigbleiben wird!

Dass wir hier gegen ein Projekt protestieren, welches fast niemand mehr haben will, hat wohl mit der Zeit zu tun, in der wir leben – einer mutlosen, visionsfreien und angstbesetzten Zeit. Diese Zeit schreibt gerade viele Geschichten – und davon soll mein heutiger Exkurs handeln: von einer großen und einer kleinen Geschichte der politischen Destruktion.

2 ERZÄHLUNGEN

Die kleine Erzählung kennen wir alle: in Stuttgart betreibt eine Gruppe von Bahnmanagern, Politikern und Lobbyisten gegen jede Vernunft ein Bau- und Immobilienprojekt, und nennt es dann „Tiefbahnhof“ – die Entfaltung der destruktiven Kräfte dieses Vorhabens spüren alle, die hier leben.

Die große Erzählung ist die des bundespolitischen „Weiter-so“. Sie beschreibt ein ganz ähnliches, vernunftfreies Vorgehen: alle relevanten Fakten ignorierend, wird eine grundfalsche Politik betrieben, und damit unsere Demokratie aufs Spiel gesetzt. Und da alles mit allem zusammenhängt, lohnt es sich, diese Geschichten genauer zu betrachten.

ALLES IST GUT

Am Anfang steht immer eine Behauptung. Angela Merkel – die Protagonistin der „Weiter-so-Politik“ – behauptet immer wieder: Deutschland geht es gut. Dass es Deutschland gut geht, ist Kern ihres politischen Glaubensbekenntnisses. Es ist wahr, dass es viele in Deutschland gibt, denen es sogar sehr gut geht. Die ganze Wahrheit ist aber vielfältiger, differenzierter – und sie ist dunkler. Denn es ist auch wahr, dass sich in Deutschland die Armut rapide ausbreitet, und dass soziale Ungleichheit immer mehr zunimmt. Davon redet Angela Merkel aber niemals. Will sie es nicht, oder weiß sie nichts davon?

Sie müsste nur die richtigen Bücher lesen. In Thomas Pikettys „Kapital im 21. Jahrhundert“ rechnet der Ökonom beeindruckend vor, wie sich in einem unregulierten Kapitalismus die Vermögen immer stärker bei den Reichen konzentrieren. Mit dem Ergebnis, dass das reichste eine Prozent der Weltbevölkerung über mehr Geld verfügt als der Rest der Welt zusammen.

DEUTSCHE ZUSTÄNDE

Die Ungleichheit zwischen Reichen und Armen nimmt weltweit zu, und in Deutschland ist sie bei Vermögen, Einkommen und Chancen besonders hoch.

Beim Vermögen besitzen die reichsten zehn Prozent der Haushalte mindestens 63 Prozent des Gesamtvermögens, die untere Hälfte nur 2,5 Prozent. Das Vermögen in Deutschland ist noch ungleicher verteilt als in Mexiko oder in Kolumbien. Der Unterschied zwischen Armen und Reichen ist bei uns wesentlich größer als in Spanien oder Griechenland.

Beim Einkommen verdient hierzulande das oberste Zehntel der Bevölkerung acht Mal so viel wie das untere. Es gibt doppelt so viele Teilzeitbeschäftigte wie vor 25 Jahren, einen breiten Niedriglohnsektor, eine beschämende Kinderarmut und zunehmende Altersarmut. Dazu kommt, dass unsere Infrastruktur vielerorts marode, die Situation vieler Schulen und Kindergärten katastrophal ist. Bildungs- und Aufstiegschancen in Deutschland sind die schlechtesten in ganz Europa.

Die Studien zum Thema Ungleichheit, ob national oder international, sind in den Details unterschiedlich, der Befund ist aber immer der gleiche: Reiche werden noch reicher, es gibt immer mehr Reiche, der Mittelstand schrumpft, und die Armen werden ärmer und zahlreicher.

STUTTGARTER ZUSTÄNDE

Wir leben in einer Welt, deren Regeln für die Reichen, für die Großkonzerne, für die Gewinner gemacht sind. Und dieses Prinzip gilt auch für S21. Denn auch von S21 profitieren nur wenige, die Allgemeinheit bleibt auf der Strecke. In dieser von politischer Seite maßgeblich unterstützten Stadtzerstörung wird der Ausverkauf unserer Städte an Investoren beispielhaft vorgeführt: S21 macht ein paar wenige reicher und sehr viele ärmer – vor allem die Stuttgarter Öffentlichkeit. Ihre Steuerabgaben werden dazu verwendet, um einem exklusiven Kreis Vorteile zu verschaffen.

Dass dieser offensichtliche Betrug an der Allgemeinheit heute immer noch weitergeführt wird, ist einer der größten öffentlichen Skandale in der Geschichte der Bundesrepublik!

KULTUR DER UNGLEICHHEIT

Liebe Mitstreiterinnen und Mitstreiter, die pauschale Behauptung, S21 sei ein vernünftiges und lohnenswertes Projekt für alle, entspringt derselben undifferenzierten und oberflächlichen Betrachtungsweise, wie die Behauptung, dass es Deutschland gut gehe.

In Wahrheit leben wir schon längst in einer Kultur der Ungleichheit. Denn unsere derzeitige politische Kultur legt den Schwerpunkt auf wirtschaftliche Belange. Der Preis, den wir dafür zahlen, ist eine massenhaft verbreitete Angst. Es ist traurig, aber wahr: die Angst vor dem sozialen Abstieg ist das, was unsere Gesellschaft am meisten verbindet.

WEITER-SO UND RECHTSRUCK

Und ist es angesichts der weit verbreiteten Abstiegsängste wirklich überraschend, dass viele den rechten Demagogen auf den Leim gehen, die behaupten, dass Geflüchtete und Migrant*innen schuld an dieser Perspektivlosigkeit sind?

Das „Weiter-so“ der neoliberalen Politik, für die die CDU/CSU und große Teile der SPD und der GRÜNEN stehen, hat durch die Etablierung einer Kultur der Ungleichheit perfekte Voraussetzungen dafür geschaffen, dass sich so viele den Rechtspopulisten und der AfD anschließen, dass Rassismus und Hass wieder gesellschaftsfähig werden konnten.

Mit ihrer Politik der sozialen Spaltung sind Merkel und Co. die Hauptverantwortlichen für den Rechtstrend in Deutschland. Aber trotz dieser fatalen Entwicklung nehmen sie das Problem der wachsenden Ungleichheit gar nicht zu Kenntnis! Fakten, Untersuchungen und Studien konsequent ignorierend, lautet nach wie vor ihr stumpfes Mantra: „Deutschland geht es gut“!

POSTFAKTISCHE POLITIK

Aber nicht nur auf Bundesebene, auch in Stuttgart hat sich die sogenannte postfaktische Politik durchgesetzt. Alle Fakten, die das Bauprojekt immer wieder existentiell in Frage stellen, werden von der Mehrheit der Parteien mit einer schon unheimlichen Konsequenz ignoriert. Es geht um Hunderte von seriösen Gutachten und Untersuchungen zu allen möglichen Themen, aber die vielen Expertenmeinungen werden so behandelt, als gäbe es sie nicht. Und wenn dann mal rauskommt, was seit

Jahren kritisiert wird – zum Beispiel beim Thema Anhydrit – werden Gutachten einfach geheim gehalten.

Und dann geht es noch um die vielen leeren Versprechungen:

- OB Kuhns Versprechungen einer „vernünftigen Klärung aller offener Fragen“ zu Stuttgart 21 haben sich als leer erwiesen.
- Ministerpräsident Kretschmanns Versprechen des „kritischen Begleitens“ von S21 hat sich als leer erwiesen.
- Die Versprechen der Grünen von „mehr Bürgerbeteiligung“ haben sich ebenfalls als leer erwiesen.

Liebe Freundinnen und Freunde, mit dieser Politik erzeugt man eine schwer zu steigernde Unlust am Politischen. Kaum jemand glaubt mehr daran, von diesen Politikern angemessen vertreten zu werden. Die Lust, sich selber politisch zu engagieren, tendiert bei diesen Vorbildern gegen Null.

Die Vertreter der Tunnelparteien – zu der sich die GRÜNEN inzwischen hinzugesellt haben, die große, unbewegliche „Weiter-so“-Fraktion aus dem Ländle, ist mit ihrer Politik der Arroganz, der Ignoranz und der deprimierenden Inhaltsleere mitverantwortlich für Politikverdrossenheit und den Vertrauensverlust ins Politische. Diese Politikerinnen und Politiker können alles – außer gute Politik!

POLITISCHES VERSAGEN

Natürlich sind nicht alle Politiker Versager. Dass begabte Berufspolitiker unverzichtbar sind, wissen wir spätestens seit dem Nichtpolitiker Donald Trump. Und sie haben vielleicht den wichtigsten, den verantwortungsvollsten Beruf der Zukunft – und ja, es gibt sie selbstverständlich, die guten Politikerinnen und Politiker.

Aber in Deutschland ist eine politische Klasse an der Macht, die seit vielen Jahren beweisbar versagt. Man kann ihre Vertreter benennen, und man kann ihr Versagen beschreiben:

- Diejenigen, die neoliberale Reformen angeschoben haben, haben versagt.
- Diejenigen, die den Arbeitsmarkt dereguliert haben, haben versagt.
- Diejenigen, die den Sozialstaat immer weiter abgebaut haben, haben versagt.
- Diejenigen, die ein ungerechtes Steuersystem geschaffen haben, haben versagt.
- Diejenigen, die durch ihren harten Sparkurs mitverantwortlich für die Spaltung Europas, für die sozialen Katastrophen in Spanien und Griechenland sind, haben versagt.
- Alle diejenigen, die Ungleichheit unkontrolliert haben wachsen lassen, haben versagt.

Und dieses politische Versagen hat eine existentielle Dimension, denn wenn sich eine Gesellschaft so tief spaltet wie die unsrige, dann führt das zu Unzufriedenheit, Unmut, Unruhe und zu Gewalt. Soziale Ungleichheit lässt unsere Gesellschaft auseinanderfallen, zerstört den sozialen Zusammenhalt, und kündigt jede Form von Solidarität langfristig auf. Eine Politik, die das nicht sieht, ist schlechte Politik!

GRÜNES POLITDESASTER

Auf nationaler Ebene haben wir uns daran gewöhnt, der Neoliberalismus existiert schon eine geraume Weile. Das Politik-Versagen in Baden-Württemberg kam dann aber doch überraschend. Denn es erstaunt, wie schnell die einstigen Gegner von S21 und Vertreter der Verkehrswende die Seite gewechselt haben. In atemberaubendem Tempo haben sich die GRÜNEN den Interessen der Autolobby, der Bahn und der Immobilienwirtschaft verschrieben. Dass Macht korrumpiert, wusste man auch vorher, nur hat man bei den GRÜNEN erwartet, dass sie wenigstens versuchen, einen Teil ihrer kritischen Substanz zu bewahren.

Stattdessen aber legitimieren sie ihre S21-Politik immer wieder mit dem lächerlichen Volksabstimmungs-Argument. Jeder in dieser inzwischen fast profillosen Partei weiß genau, dass das kein gültiges Argument mehr ist, da die Grundlagen für die Volksabstimmung alle entfallen sind. Und jeder bei den GRÜNEN weiß auch ganz genau, dass es immer um Baugrundstücke und schnellen Profit ging, und nie um einen fortschrittlichen Bahnhof. Alle in dieser Partei wissen, dass der Schienenrückbau nicht im Interesse der Menschen, sondern allein im Interesse der Auto- und Immobilienlobby stattfindet.

Wie man das beweisen will? Man muss sich nur die Reden anhören, die vor dem März 2011 hier, auf dieser Bühne, von Kretschmann, Hermann und Co. mit dem Gestus der Empörung und der Attitüde der Politiker gehalten wurden, die es mal besser machen werden, falls man sie denn nur lässt. Viele von uns haben sie ob dieser Versprechen dann auch gewählt.

Und deshalb ist dieses charakterlose Umfallen der GRÜNEN doppelt schlimm. Es beschämt, da man es hätte besser wissen müssen, und es macht wütend, da man es nicht ändern kann.

Oberbürgermeister Kuhn sieht entgegen aller Gutachten keinen Rückbau und geht von einer Leistungssteigerung um 30% gegenüber dem heutigen Kopfbahnhof aus. Ministerpräsident Kretschmann erteilt mit dem Sprüchlein, dass in der Demokratie die Mehrheit, und nicht die Wahrheit entscheidet, jeder weiteren Diskussion um S21 endgültig eine Absage.

Liebe Mitstreiterinnen und Mitstreiter,

dieser Politik fehlt etwas Entscheidendes: der politische Wille, dieses Projekt wenigstens – wie angekündigt – kritisch zu begleiten. Es fehlt der politische Wille zu einer Politik, die nicht in erster Linie Rücksicht auf die Interessen des Kapitals nimmt. Es gibt keinen politischen Willen, um ein offensichtlich destruktives Projekt zu kippen, keinen politischen Willen, um wider besseren Wissens Schaden von der Öffentlichkeit abzuwenden.

Die GRÜNEN haben kein Erkenntnisinteresse mehr, sondern weichen lediglich dem Druck der öffentlichen Meinung aus. Und damit sind sie genau da angekommen, wo alle die sind, die sie immer kritisiert haben: bei einer Politik, die lediglich der Machtverwaltung und dem Machterhalt dient. Die S21-Politik der GRÜNEN ist ein Armutszeugnis politischen Handelns!

PASSIVE POLITIK

Und an dieser Stelle, liebe Mitstreiterinnen und Mitstreiter, laufen die beiden Erzählungen, die große aus Berlin, und die kleine aus Stuttgart, zusammen.

Maßgebliche PolitikerInnen in Baden Württemberg, die Parteien der großen Koalition, die VertreterInnen der Politik der Mitte, des „Weiter so“ – sie alle entleeren die Politik durch die Unterordnung unter ökonomische Zwänge.

Denn es ist das jetzige ökonomische System, welches die Verantwortung für Produktion und Reproduktion sozialer Ungleichheit und Armut trägt. Ein System, welches immer nur diejenigen fordert und fördert, die bereits in Machtpositionen sitzen. Und wer dieses phantasielose System unkritisch einfach so fortführt, wer Probleme lediglich aussitzt und eine Politik der Passivität betreibt, der negiert alle Möglichkeiten, die Politik eigentlich hat.

Das Kretschmannsche Wort des „Käs, der gesse is“, das Merkelsche Mantra der Alternativlosigkeit schadet der Demokratie, denn das Gegenteil ist wahr: gute Politik kann die Welt auch heute zum Besseren verändern. Mit verantwortungsvoller Politik kann man an Alternativen arbeiten, mit mutiger Politik kann man neue Ideen entwickeln, sogar eine Ethik vertreten. Man kann eine Politik machen, die es wert ist, dass man alles für sie gibt. Und der „Käs“, lieber Herr Kretschmann, der ist niemals „gesse“!

ANDERE POLITIK

Liebe Freundinnen und Freunde, eine Politik, die der Spaltung der Gesellschaft entgegentritt, muss mutig sein. Wenn wir den Aufschwung der Rechtspopulisten verhindern wollen, dann muss ein Wirtschafts- und Finanzsystem installiert werden, von dem nicht nur wenige, sondern alle profitieren. Oder anders formuliert: Relevante Politik muss den Reichtum antasten, wenn sie die Armut bekämpfen will. Sie muss diejenigen in die Pflicht nehmen, die jahrzehntlang von Bankenrettung, Finanzkapitalismus und der Politik der Umverteilung von unten nach oben profitiert haben.

Und es gibt genügend Vorschläge, diese Politik konkret umzusetzen:

- Man kann die Vermögenssteuer wieder einführen, mit hohen Freibeträgen, damit die Mittelschicht unangetastet bleibt.
- Man kann die Erbschaftssteuer auf große Vermögen anheben.
- Man kann Steuererhöhungen für sehr reiche und vermögende Menschen beschließen.
- Man kann Konzerne und finanzstarke Unternehmen höher besteuern.
- Man kann Steuerflucht wirksam bekämpfen.

All das kann nur die Politik leisten. Politik kann die Macht des großen Kapitals beschränken. Und sie kann die unteren Schichten entlasten:

- Sie kann die Lockerung des Kündigungsschutzes, die Liberalisierung der Leiharbeit rückgängig machen.
- Sie kann Minijobs in sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse überführen.
- Sie kann den Mindestlohn anheben.
- Sie kann mehr Geld für Schulen, für Kitas, für Gesundheit, für Bildung, für sozial Benachteiligte, für die Energiewende zur Verfügung stellen.
- Sie kann die Themen Rente, Hartz IV und Wohnungssituation ganz nach oben auf ihre Agenda setzen.
- Sie kann den Abbau von Angst vor sozialem Abstieg zum Mittelpunkt ihrer Politik machen!

Eine ehrliche und verantwortungsvolle, eine mutige und visionäre Politik muss das Ziel haben, die Spaltung der Gesellschaft zu beenden, den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu gewährleisten. Und die größte Spaltung ist die zwischen Armen und Reichen. Ohne Umverteilung von oben nach unten geht es nicht. Die Umverteilung von Reichtum ist überfällig!

LINKE POLITIK

Liebe Montagsdemonstriererinnen und Demonstrierer, es reicht nicht, Nazis, CSUler, AfD-Wähler und Trump-Fans für dumm zu erklären. Wir müssen etwas tun. Wir müssen eine andere politische Kultur installieren, eine Kultur, in der es selbstverständlich ist, dass man lautstark und engagiert für Gleichberechtigung, Solidarität und soziale Gerechtigkeit eintritt.

Zur Etablierung dieser Kultur brauchen wir ein breites Bündnis von links bis in die bürgerliche Mitte hinein. Wenn die Demokratie wieder gestärkt und erhalten werden soll, müssen Verbesserungsvorschläge von vielen für alle gemacht werden, um sich auf gemeinsame Werte zu verständigen, und um eine echte politische Alternative installieren zu können.

Und da müssen sich vor allem die GRÜNEN und die SPD bewegen. Sie müssen endlich ihre neoliberale Vergangenheit aufarbeiten. Wenn Sozialdemokraten, die viele Menschen immer noch mit links assoziieren, Hartz IV einführen und mit ihrer Steuerpolitik die Reichsten privilegieren, dann fühlen sich viele von links nicht mehr vertreten, und gehen nach rechts. Wenn wir aber nicht wollen, dass die nationalistischen und neofaschistischen Kräfte stärker werden, dann muss der Sozialstaat, der Menschen vor dem sozialen Absturz schützt, glaubhaft wiederhergestellt werden.

DIE WELT PRÄGEN

In Berlin startet gerade ein Experiment dieses Aufbruchs. Der gerade ins Amt gewählte rot-rot-grüne Senat hat ein Versprechen gegeben: mit der Berufung von Andrej Holm als Staatssekretär, einem Mieteraktivisten und radikalen Kritiker der Gentrifizierung, will er wirklich etwas ändern. Das macht Mut und zeigt: Politik kann etwas wagen, wenn sie nur etwas will.

Eine Perspektive zum realen Irrsinn bietet nur die Utopie der solidarischen Gesellschaft. Und der Kampf für eine solche Alternative lohnt sich – wir sind viele, und gemeinsam können wir gewinnen. Wir – und nicht die anderen – wollen diese Welt prägen!

STUTTGARTER WIDERSTAND

Liebe Mitstreiterinnen und Mitstreiter, in Baden-Württemberg, dem Stammland der grünschwarzen Reaktion, wird es in naher Zukunft natürlich keine linksliberale Regierung geben. Aber es gibt den außerparlamentarischen Widerstand gegen Stuttgart 21 und gegen die Politik der schwäbischen Variante des „Weiter-so“. Wir können immer wieder darauf bestehen, dass die soziale Frage ernstgenommen wird, immer wieder die entscheidenden Fragen stellen:

- Was bringt S21 der Allgemeinheit?
- Wen macht Stuttgart 21 reicher, und wen ärmer?
- Worum geht es wirklich, wenn nicht um einen Bahnhof?
- Wo zieht S21 Geld ab, und wem kommt das zugute?
- Wer profitiert wirklich davon?

Die Antworten kennen inzwischen alle. Da aber nur noch wir diese Fragen stellen, kommt unserer Protestbewegung eine besondere Verantwortung zu. Wie ein Aufbegehren der Zivilgesellschaft praktiziert werden kann, wird hier gezeigt! Hier wird der Druck auf Parteien durch Demonstrationen ausgeübt; durch Petitionen und Kundgebungen, Bürger- und Stadtteilinitiativen wird aktive Politik betrieben. Von hier aus werden immer wieder Auswege aus der Krise gesucht, es wird für Volksbegehren gekämpft, in Flüchtlingsinitiativen gearbeitet, von hier aus werden Demokratie- und Kulturprojekte angestoßen, und es wird an Alternativen für morgen gearbeitet, wie das beeindruckende „Umstieg21“-Konzept beweist.

So kann die Demokratie verbessert werden: als glaubwürdiges Projekt der Bürgermacht im Kampf um einen wirklichen Sozialstaat, in dem Projekte wie S21 keinen Platz mehr haben. Durch den hartnäckigen, kompetenten und gewaltfreien Widerstand gegen S21 wird die Demokratie auf lokaler Ebene gestärkt. In ganz Baden Württemberg wird nur hier – beim zum 350sten mal montagsversammelten Widerstand gegen Stuttgart 21 – die Politik betrieben, die den Namen Politik auch verdient!

MÄRCHEN VON DER UNUMKEHRBARKEIT

Zum Schluss noch ein paar Worte an die Tunnelparteien: Liebe CDUGRÜNENSPDLER, ihr seht an dieser Bürgerbewegung, dass es möglich ist, sich politisch zu bewegen. Euer ständiger Hinweis darauf, dass es keine Mehrheiten gegen Stuttgart 21 gibt, passiere was da wolle, ist dagegen ein politischer Offenbarungseid.

Wo bitte steht denn, dass sich Mehrheiten politisch nicht bewegen können, wenn Situationen sich verändern? Was ist das für ein erbärmliches Verständnis von Politik, wenn man zwanghaft und selbstgerecht die eigene geistige und politische Unbeweglichkeit vor sich herträgt?

Liebe Politikerinnen und Politiker,

Hört endlich auf, das Umstiegskonzept zu ignorieren!

Hört auf damit, den angeblichen Baufortschritt überzubetonen!
Hört auf, gefällt Bäume als Argument für den Weiterbau anzuführen!
Hört auf, von Magistralen, von kürzeren Fahrzeiten nach Ulm, von architektonischen Wundern, von der besten Planung, von der Moderne, von dem garantierten Kostendeckel, der Unumkehrbarkeit, der Verdoppelung von Kapazitäten, von Alternativlosigkeit, neuen Lebenswelten, Einkaufszentren, neuen Stadtvierteln und tollen Freiflächen zu faseln, zu labern, zu schwätzen und zu lügen!
Hört auf, ständig von „politischem Gewolltsein“ zu reden!
S21 darf politisch nicht mehr gewollt sein!
Die zunehmend katastrophale Entwicklung von S21 macht auch unter bestehenden Mehrheitsverhältnissen ein Umschwenken möglich und notwendig!
Andere Aus- und Umstiege – von „Schnellem Brüter“ über „Transrapid“, von der Atomkraft bis hin zur Energiewende oder dem bevorstehenden Ausstieg aus den Verbrennungsantrieben – sie sind auch erfolgt, oder werden innerhalb der parlamentarischen Machtverhältnisse erfolgen.
Bewegt euch also!
Es gibt keine ewigen Mehrheiten für dieses Projekt!
Nichts ist unabänderlich!
Wenn ihr keine Mehrheiten für einen Ausstieg habt, dann bildet welche!
Schafft die politischen Rahmenbedingungen für einen Umstieg und einen Ausstieg!
Macht endlich Politik!

LAST APELL

Liebe CDUler, SPDler und GRÜNE! Gute Politik zeichnet sich auch dadurch aus, dass sie Fehler eingesteht. Und ihr kennt die Wahrheit: Das Beenden von S21 ist überfällig, und es ist machbar. Für einen Ausstieg aus diesem fatalen Projekt ist es immer noch nicht zu spät. Verweigert euch!

Verweigert endlich diesem abartigen, abschreckenden, absurden, alptraumhaften, anachronistischen, antidemokratischen, antiquierten, armseligen, asozialen, banalen, behindertenfeindlichen, beklopperten, belanglosen, bescheuerten, beschissenen, blöden, chaotischen, dämlichen, depperten, desaströsen, dilettantischen, dreisten, dummen, einfältigen, elenden, falschen, fehlerhaften, fürchterlichen, geldhungrigen, gesetzeswidrigen, größenwahnsinnigen, grotesken, hässlichen, indiskutablen, irrelevanten, jämmerlichen, kafkaesken, kannibalisierenden, korrupten, lebensgefährlichen, lügnerischen, mafiösen, minderwertigen, mitleiderregenden, mittelalterlichen, nutzlosen, öden, peinlichen, raffgiebigen, regelwidrigen, schaurigen, schwachsinnigen, schweineteuren, selbstgerechten, strunzdummen, überflüssigen, uncoolen, undurchsichtigen, unnötigen, unsinnigen, unsozialen, unsympathischen, unverschämten, unwichtigen, verantwortungslosen, verhassten, verlogenen, vorsintflutlichen, wahnsinnigen, widerlichen und zynischen Alptraum-Projekt – verweigert ihm endlich eure Zustimmung!

Verweigert dieser korrupten Gelddruckmaschine für die Bau- und Immobilienwirtschaft den politischen Zuspruch, und zeigt uns, zeigt euch, zeigt allen, dass eine verantwortungsvolle Politik möglich ist!

Stimmt mit ein in den besten Slogan, der je für diese Stadt erfunden wurde:

Oben bleiben!

Unterstützerkonto der Parkschtützer: Inhaber: Umkehrbar e.V. / IBAN: DE02 4306 0967 7020 6274 00 / BIC: GENODEM1GLS. Es können keine Spendenbescheinigungen ausgestellt werden.